

Energiekrisenbeitrag: Windkraftbranche kämpft um ihre Existenz!

Die IG Windkraft kritisiert die neue Budgetkrisensituation als schädlich für die erneuerbaren Energien in Österreich.



Österreich - Die Bundesregierung hat eine Verschärfung des Energiekrisenbeitrags zur Begutachtung geschickt, die bereits jetzt für große Unruhe in der Erneuerbaren-Branche sorgt. Die Interessensgemeinschaft (IG) Windkraft sieht diese Maßnahme als belastend für die Entwicklung der Windkraft und regionalen Wertschöpfung an. Laut IG Windkraft-Geschäftsführer Florian Maringer wird die Entscheidung als ungerecht betrachtet, da sie insbesondere mittelständische Unternehmen schwer trifft, während der fossile Sektor weiterhin geschützt bleibt. Über 60 % der Windkraftleistung in Österreich sind in Händen solcher Unternehmen, die regional verwurzelt sind.

Gerade die Windkraftbranche ist überproportional von den

geplanten Abschöpfungen betroffen, insbesondere im Winter, wenn die Strompreise hoch sind. Für diese Unternehmen wird die Wettbewerbsfähigkeit, die für die Schaffung von rund 8.000 Arbeitsplätzen und einer Wertschöpfung von knapp 240 Millionen Euro im Jahr 2025 verantwortlich ist, stark beschnitten. Laut der BIP-Schnellschätzung herrscht zudem nur minimales Wirtschaftswachstum, was das Vertrauen in den Standort weiter belastet. Aktuelle Investitionen im Ausmaß von 160 Millionen Euro, die 60.000 Haushalte mit Strom versorgen könnten, stehen auf der Kippe.

Globale Energiekrisen und ihre Auswirkungen

Die angespannte Lage im Nahen Osten und die Reduzierung der Gaslieferungen von Russland nach Europa hat die Ölmärkte erheblich beeinflusst, wie die International Energy Agency (IEA) in ihrem **World Energy Outlook 2023** berichtet. Die Versorgungssicherheit mit Öl und Gas bleibt ein zentrales Thema, insbesondere während des Übergangs zu sauberer Energie. Prognosen zeigen, dass der Anteil des Seehandels mit Rohöl aus dem Nahen Osten nach Asien von 40 % auf 50 % bis 2050 steigen wird.

Die globale Energiekrise lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die Notwendigkeit, die Bezahlbarkeit von Energie zu gewährleisten und die Stabilität der Stromversorgung zu sichern. Schutzmaßnahmen für Verbraucher gegen Brennstoffpreisschwankungen kosteten Regierungen bereits 900 Milliarden USD im Jahr 2022. Wichtige Strategien umfassen höhere Investitionen in robuste und digitalisierte Netze sowie die Förderung emissionsärmerer Technologien wie Wasserstoff und Bioenergie.

EU-Energiepolitik und zukünftige Ziele

Die Energiepolitik der EU ist darauf ausgelegt, eine

Dekarbonisierung, Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit sicherzustellen. Die **EU-Energiepolitik** basiert auf den Prinzipien der Energieeffizienz und dem Ausbau erneuerbarer Energien. Fünf Hauptziele der Energieunion wurden bereits 2015 festgelegt: Diversifizierung der Energiequellen, ein integrierter Energiebinnenmarkt, Verbesserung der Energieeffizienz, Dekarbonisierung der Wirtschaft und Förderung CO₂-armer Technologien.

Aktuelle Ziele der EU-Energiepolitik zielen darauf ab, den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 % zu erhöhen und den Primär- und Endenergieverbrauch gegenüber 2020 um 11,7 % zu senken. Die Mitgliedstaaten sind angehalten, nationale Energie- und Klimapläne zu erstellen und Fortschrittsberichte zu liefern, um die Ziele der Energieunion zu erreichen.

Zusammenfassend steht die Windkraftbranche in Österreich vor enormen Herausforderungen, während die globale Energiekrise und die EU-Energieziele weiterhin den Rahmen für zukünftige Entwicklungen und Investitionen im Energiesektor setzen. Der Ausbau der Windkraft wird von der IG Windkraft als entscheidender Schritt für ein krisensicheres Budget und die Wertschöpfung in der Region gefordert.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.iea.org• www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at